

## NACHRICHTEN

## «Wir helfen» – Adventsaktion der Arbeitsgruppe Sennerei

SCHAAN – Bereits zum vierten Mal findet ein Adventsmarkt in Schaan statt, dessen Erlös für zwei Projekte in Kamerun und ein Projekt in Argentinien verwendet wird. Der Erlös aus dieser Aktion wird durch den Liechtensteinischen Entwicklungsdienst LED verdoppelt. Organisiert durch die Arbeitsgruppe Sennerei werden viele Besucher am Sonntag, den 18. Dezember ab 13 Uhr in den Räumen der Sennerei an der Landstrasse 13 in Schaan erwartet. In der Advents- und Weihnachtszeit denken wir öfter als sonst an Menschen, denen das Leben nicht so hold ist, die an Armut und deren Folgen leiden. Die Arbeitsgruppe Sennerei hat es sich zur festen Verpflichtung gemacht, sich solidarisch mit diesen Menschen zu zeigen und unter dem Motto «Wir helfen» Adventsbasar und andere Hilfsaktionen zu organisieren. Heuer findet der Adventsmarkt in kleinerer Form in den Räumen des Sonntagscafés in der alten Sennerei an der Landstrasse 13 in Schaan statt. Am Sonntag, den 18. Dezember, werden die Besucherinnen und Besucher ab 13 Uhr in den weihnachtlich geschmückten Räumen mit Kaffee und Kuchen verwöhnt. Kleine, aussergewöhnliche Weihnachtsgeschenke und hausgemachte Delikatessen eignen sich gut als schöne Mitbringsel und Geschenke – nicht nur für das nahe Weihnachtsfest.

Auch dieses Jahr wird mit dem Erlös der «Italienerpfarrer» Don Maurizio und seine Missionsbrüder unterstützt. Wie schon in den vergangenen Jahren werden auch 2005 zwei Projekte in Kamerun und ein Projekt in Argentinien. Padre Virginio, den wir in Buenos Aires unterstützen, wurde im Mai 2005 zu Bischof geweiht. In Kamerun werden ein Brunnenprojekt in Yaoundé unterstützt sowie ein Berufsschule in Ndoungué. Auch heuer wird der liechtensteinische Entwicklungsdienst LED den Nettoerlös verdoppeln. (PD)

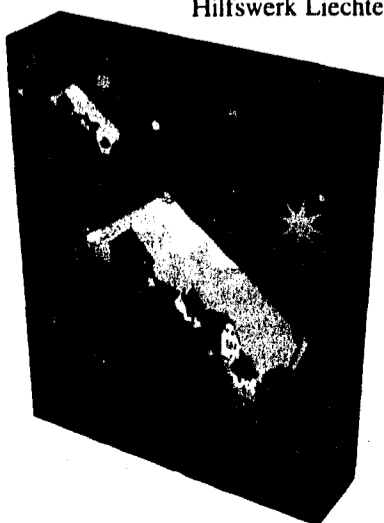
## Eignungsprüfung für Wirtschaftsprüfer aus dem Ausland

VADUZ – Die Prüfungskommission für Wirtschaftsprüfer hat der Finanzmarktaufsicht (FMA) Liechtenstein die Ergebnisse der «Eignungsprüfung für Wirtschaftsprüfer aus dem Ausland», welche im Herbst 2005 durchgeführt wurde, zur Kenntnis gebracht. Die schriftlichen Prüfungen fanden am 26. Oktober 2005 statt, die mündlichen Prüfungen wurden am 1. Dezember 2005 durchgeführt. Die «Eignungsprüfung für Wirtschaftsprüfer aus dem Ausland» haben folgende Kandidaten bestanden: Daniel Forster, Altstätten; Beat Hans Inauen, St. Gallen; André Jürg Kym, Egg, und Andreas Nüesch, Werdenberg. (paf)

## Das Hilfswerk Liechtenstein dankt!

TRIESEN/MAUREN – Am Donnerstag hat der letzte Hilfsgütertransport in diesem Jahr unser Land verlassen. Die 37 Paletten Konserven und 7 Tonnen Bekleidung werden in Ungarn ausgeladen und von dort mit kleineren Fahrzeugen nach Rumänien und in die Ukraine gebracht, um noch vor Weihnachten an die Notleidenden verteilt zu werden. Wir danken allen, die uns in diesem Jahr finanziell und materiell unterstützt haben und wünschen ein gesegnetes Weihnachtsfest und für das Jahr 2006 alles Gute. Die Sammelstellen in Triesen und Mauren sind vom 19. Dezember bis 7. Februar geschlossen.

Hilfswerk Liechtenstein



## Noch keine Totalrevision

Zahlreiche Fragezeichen zur Totalrevision des LKW-Gesetzes im Landtag

VADUZ – Die Totalrevision des Gesetzes betreffend die Liechtensteinischen Kraftwerke dürfte noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Bei der gestrigen Eintretensdebatte und ersten Lesung wurden zahlreiche Fragen aufgeworfen, die eine grundsätzliche Überarbeitung der Vorlage nötig machen.

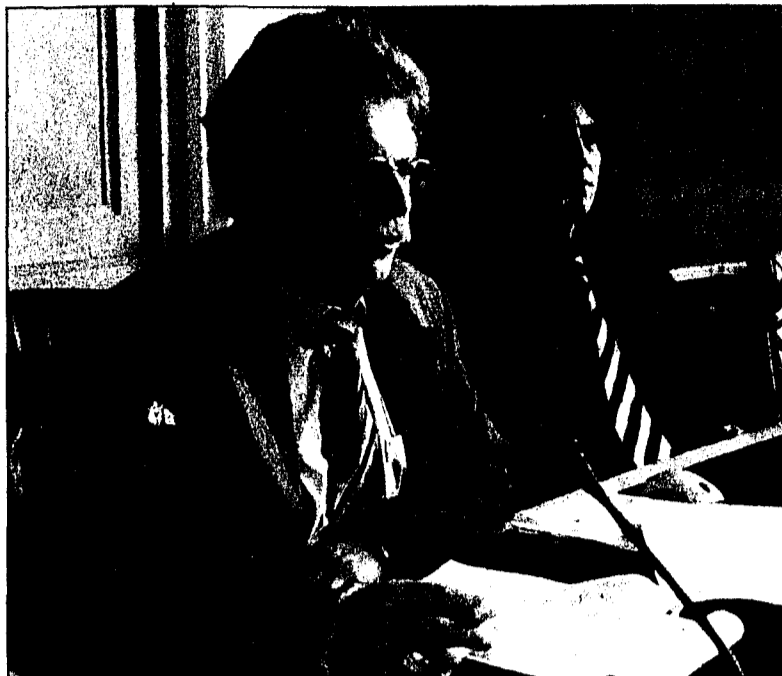
• Martin Nisch

Mit der vorgesehenen Totalrevision des Gesetzes sollen die Strukturen der LKW modernisiert und flexibilisiert werden, wie es in der Regierungsvorlage heisst. Der FBP-Abgeordnete Franz Heeb stellte dazu bei der Eintretensdebatte die Frage in den Raum, ob mit der Regierungsvorlage wirklich eine zeitgemässe und zukunftsfähige Gesetzesvorlage geschaffen wurde. Vergleiche man das alte Gesetz mit der neuen Vorlage, stelle man fest, dass zwar Kürzungen und Ergänzungen vorgenommen wurden, man sich aber möglichst an den bestehenden Aufbau und Inhalt des alten Gesetzestextes halte. «Die Vorlage wird meines Erachtens einer Totalrevision nicht gerecht», so Heeb. Es bedürfe noch einer grundsätzlichen Überarbeitung der Vorlage.

## Öffentlich- oder privatrechtlich?

Die Grundsatzfrage, die gestern immer wieder auftauchte: Sollen die LKW eine öffentlich-rechtliche Anstalt bleiben oder doch in eine privatrechtliche Unternehmungsform überführt werden. Da sich Vernehmlassungsteilnehmer kritisch gegen den Wandel der Rechtsform ausgesprochen hatten, hat die Regierung die Gesetzesvorlage für die bestehende Rechtsform ausgearbeitet. Das wurde gestern von der Mehrheit der Votanten begrüsst.

Landtagsvizepräsident Ivo Klein (VU) dagegen bedauert, dass die Gelegenheit der Revision nicht benutzt werde, um die LKW in eine privatrechtliche Gesell-



Der Abgeordnete Franz Heeb (FBP): «Die LKW-Gesetzesvorlage muss grundsätzlich überarbeitet werden.»

schaft zu wandeln. Die angestrebten Ziele der Revision würden damit eher erreicht werden. Der FBP-Abgeordnete Alois Beck erachtet im Moment die öffentlich-rechtliche Ausrichtung der LKW als sinnvoll. Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschütscher hielt bezüglich Vorlage fest, dass man darin den «politischen Willen» der letzten Jahre abgebildet habe. Die Option einer AG habe man darum nicht geprüft. Die Regierung sei jedoch offen für Diskussionen.

## Klarheit bei Zweck und Tätigkeit

Betreffend Zweck-Artikel und den Tätigkeiten der LKW im Bereich Kommunikation forderte der Abgeordnete Heeb, es müsse klar hervorgehen, was in den Bereich Grundversorgung falle und was in den Wettbewerbsbereich. Der Abgeordnete Rudolf Lampert (FBP) sagte, er gehe davon aus, dass die genannten Artikel bis zur zweiten Lesung ein anderes Gesicht haben werden. Regierungschef-Stellvertreter Tschütscher meinte dazu, dass dies auch von der künftigen

Entwicklung des LKW/LTN-Konstruktions abhängen.

## Drei statt zwei

Die Vorlage der Regierung sieht vor, dass von den fünf LKW-Verwaltungsräten der Präsident und der Vize-Präsident vom Landtag gewählt werden. Gestern war man sich im Landtag jedoch einig, dass neben dem Präsidium noch ein zusätzliches ordentliches Mitglied durch den Landtag zu bestellen sei, die restlichen zwei Mitglieder durch die Regierung. Bezüglich Mandatsdauer regte der Abgeordnete Rudolf Lampert an, dass zwecks Wissenstransfer ein Modus zu finden sei, der zu überschneidenden Mandatsdauern führe.

## Flexibilität und Organisation

Die Aufgaben des Verwaltungsrates sowie die Zusammensetzung und die Aufgaben der Geschäftsleitung sind noch einmal zu überarbeiten, wie der Abgeordnete Alois Beck (FBP) betonte. Besonders hinsichtlich der angestrebten verbesserten Flexibilität im Geschäftsführung. Auch Franz Heeb (FBP) monierte, dass diese Bereiche zu unsystematisch aufgeführt

seien. Im Übrigen plädierte er, die Aufgaben in einem gesonderten Organisationsstatut festzuschreiben. Rudolf Lampert (FBP) forderte eine flexiblere Zusammensetzung der Geschäftsleitung, beispielsweise drei Mitglieder mit einem Vorsitz anstatt Direktoren mit zugewiesenen Bereichen. Landtags-Vizepräsident Ivo Klein stimmte zu. Er sei für einen starken Geschäftsführer mit klaren Kompetenzen, ähnliche einem CEO. «Wichtig ist eine klare Aufgabenverteilung, auch aus Sicht der Kontrolle», so Alois Beck dazu. Mit diesen Forderungen näherte man sich jedoch wieder der privatrechtlichen Unternehmensform an, hielt Regierungschef-Stv. Tschütscher fest. Die bisherige Organisationsstruktur habe man in der Vergangenheit immer gelobt. Es gelte darauf zu achten, dass «keine gesetzgeberische Zwitterstruktur» geschaffen werde, «sonst schaffen wir keine Flexibilisierung». Dazu meinte Rudolf Lampert (FBP), dass er keinen Widerspruch sehe. Nach Ansicht von Alois Beck (FBP) genügt es, wenn man dem Verwaltungsrat die Aufgaben stellt. Dieser könne dann selber bestimmen, welches Geschäftsleitungsmitglied welchen Bereich führe. Wenn die LKW neue Geschäftsfelder erschliessen wollen, wäre somit nicht jedes Mal eine Gesetzesänderung fällig.

Eine Präzisierung wurde gestern auch betreffend Kreditbefugnis des Verwaltungsrates gefordert. Dieser muss laut Vorschlag Aufwendungen bis zu einer halben Million der Regierung nur zur Kenntnisnahme unterbreiten. Wie im Vorschlag formuliert, bleibt offen, ob mit Aufwendungen nur Investitionen gemeint sind oder auch Ausgaben in der laufenden Rechnung. Ein Artikel wird bis zur nächsten Lesung wohl ganz ins Wasser fallen. Der Abgeordnete Heinz Vogt (VU) äusserte seine Bedenken, ob der Artikel über Wasserrechte und -nutzung in ein Organisationsgesetz, wie es das LKW-Gesetz ist, gehört. Regierungschef-Stv. Tschütscher stimmte zu und will die Herausnahme dieser Bestimmung prüfen.

## Technisches Paket wird geschnürt

Neues Kommunikationsgesetz in erster Lesung beraten

VADUZ – Die elektronische Kommunikation unterliegt einem ständigen technischen Wandel. Die Gesetzgebung muss nachziehen, um die neuen Entwicklungen in einen Rechtsrahmen zu passen. So beschäftigte sich der Landtag mit dem so genannten Telekommunikationspaket in erster Lesung.

• Peter Kündli

Mit der ersten Lesung des Kommunikationsgesetzes bereitet der Landtag den Weg Liechtensteins zu einer Totalrevision und Neuausrichtung des Kommunikationsrechts. Aufgrund der EWR-Mitgliedschaft ist Liechtenstein verpflichtet, das Richtlinienpaket im Bereich der Telekommunikation in staatliches Recht umzusetzen. Im Zentrum der Neuausrichtung steht ein Paradigmenwechsel im Konzessionswesen: dieses Regime wird im Bereich der elektronischen Kommunikation völlig beseitigt.

## Harmonisierte Regulierung

Egal wie gross oder egal wie klein: Jedes Land, und damit auch dessen Telekommunikationsmarkt,

wird neu einem harmonisierten Regulierungssystem unterworfen. Ziel dabei: Ein einheitlich funktionierender und nachhaltiger Wettbewerb. Im Bericht und Antrag ist nachzulesen, dass mit dem Wettbewerb die optimale Erreichung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ziele, insbesondere eines innovativen, vielfältigen, qualitativen und kostengünstigen Angebots im Bereich der elektronischen Kommunikation gewährleistet werden.

## Umsetzung nicht einfach

Mit der technischen Materie hatten die Abgeordneten im Landtag gestern ihre liebe Mühe. So attestierte der VU-Abgeordnete Harry Quaderer, dass es nicht leicht gewesen sei, das EU-Recht in liechtensteinisches Recht zu fassen.

Eine kritische Anmerkung gab es weiters zum 220-Seiten-Bericht und Antrag der Regierung: Die Veränderung vom Vernehmlassungstext zur jetzigen Vorlage sei immens. Darauf hielt Regierungsrat Martin Meyer fest, dass sämtliche Änderungen transparent angeführt wurden und dass jede Änderung nachvollzogen werden könne. Des Weiteren habe man die Ver-

nehmlassungsergebnisse nicht vollständig in die prosaische Aufbereitung einfließen lassen können, da dies weitere rund 80 Seiten beansprucht hätte.

Die FL-Abgeordnete Andrea Matt erkundigte sich bei der Regierung

ANZEIGE

Goldschmied  
Raphael Huber

Schmuck von Raphael sagt mehr als viele Worte